

Antrag
(Alternativantrag)

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/3433 -
Lieferengpässe bei lebenswichtigen Medikamenten in
Thüringen

Förderung des Austausches der betroffenen Akteure bei
Lieferengpässen lebenswichtiger Arzneimittel

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Versorgung der Bevölkerung mit sicheren Arzneimitteln obliegt den Apotheken und wird in Thüringen flächendeckend sichergestellt. Die stationäre Versorgung wird durch Krankenhausapotheken beziehungsweise krankenhausesversorgende Apotheken sichergestellt. Lieferengpässe bei Arzneimitteln führen in der Praxis zu Mehraufwand bei den beteiligten Akteuren.
2. Lieferengpässe bei Arzneimitteln haben vielfältige Gründe, zum Beispiel die Auslagerung der Wirkstoff- und Arzneimittelproduktion in außereuropäische Staaten bei gleichzeitiger Schließung der europäischen Standorte, die Abhängigkeit von wenigen Wirkstofflieferanten und unvorhersehbare Ereignisse während der Produktion, die in Qualitätsmängeln resultieren, führen zu längeren Lieferwegen und Abhängigkeiten von Entscheidungen Dritter. Auch Im- und Exporte von Arzneimitteln zum Zwecke der Gewinnmaximierung können Lieferschwierigkeiten verschärfen.
3. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der GKV (AMVSG) wurde inzwischen eine Meldeverpflichtung für pharmazeutische Unternehmer für versorgungsrelevante Arzneimittel zur stationären Versorgung eingeführt. Pharmazeutische Unternehmer müssen seit dem 13. Mai 2017 im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit Krankenhäuser im Falle ihnen bekannt gewordener Lieferengpässe bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln umgehend informieren (§ 52b Abs. 3a Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln, AMG). Weiterhin wurden mit dem AMVSG Erleichterungen beim Import von Arzneimitteln durch Krankenhausapotheken oder krankenhausesversorgenden Apotheken zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Versorgung der Patienten des Krankenhauses erlassen (§ 73 Abs. 3 AMG).

4. Die Kommission Antiinfektiva, Resistenz und Therapie am Robert-Koch-Institut hat in Zusammenarbeit mit den Fachgesellschaften für Lieferengpässe bei Ampicillin/Sulbactam- und Piperacillinhaltigen Arzneimitteln eine Stellungnahme zu empfohlenen Therapiealternativen erarbeitet und im Deutschen Ärzteblatt veröffentlicht.
- II. Der Landtag begrüßt die Etablierung des Fachgremiums zu Lieferengpässen beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (Jour Fixe), welcher Vertreter und Vertreterinnen der Ärzteschaft, der Apothekerschaft und der pharmazeutischen Industrie vereint und die Versorgungslage mit versorgungskritischen Arzneimitteln beobachtet und bewertet.
- III. Die Landesregierung wird gebeten,
1. die Beratungen im Rahmen des Jour Fixe zu unterstützen;
 2. relevante Informationen und Empfehlungen aus dem Jour Fixe Expertengremium an die beteiligten Akteure in Thüringen zu kommunizieren;
 3. dem Landtag bis zum vierten Quartal 2018 einen Bericht über die Entwicklungen zum Thema "Lieferengpässe bei lebenswichtigen Medikamenten in Thüringen" vorzulegen.

Begründung:

Lieferengpässe bei Arzneimitteln wirken sich nicht nur in Thüringen, sondern generell in der Bundesrepublik und gegebenenfalls sogar im europäischen Binnenmarkt aus. Insofern war die Etablierung eines übergreifenden Fachgremiums mit Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Akteure auf Bundesebene überfällig, um zentral die Fragen der Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln zu diskutieren. In diesem Zusammenhang sind auch die gesetzlichen Meldeverpflichtungen bei Lieferengpässen und die Erleichterungen beim Arzneimittelimport durch Krankenhaus beziehungsweise krankenhausversorgende Apotheken zu begrüßen. Auch die Selbstverpflichtung der pharmazeutischen Unternehmer greift und die Meldungen über Lieferengpässe gehen frühzeitig bei den Bundesoberbehörden zur Veröffentlichung ein.

Um die Kommunikation der Ergebnisse der Bundesebene in Thüringen zu optimieren, wird die Landesregierung zur Weiterleitung relevanter Informationen und Empfehlungen gebeten. Gleichzeitig wird die Landesregierung einen engen Austausch mit dem Jour Fixe sicherstellen, wenn in Thüringen Lieferengpässe konkret bekannt werden.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Blehschmidt

Becker

Rothe-Beinlich